

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dickmeis)
Fernsprecher: Amt. Gehörs Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postzeitungsurte Nr. 3164

Der sozialdemokratische Parteitag in Würzburg.

Wie in früheren Jahren, gibt uns auch diesmal der sozialdemokratische Parteitag in Würzburg Veranlassung, Beschlüsse und Verlauf der Tagung einer kurzen Betrachtung zu unterziehen. Werden doch die Arbeiter- und Gewerkschaftsinteressen in hohem Maße davon beeinflusst.

Nehmen wir das Gesamtergebnis der Tagung vorweg, so ist der Eindruck unverkennbar: niemals verlief in den letzten Jahren ein sozialdemokratischer Parteitag in so einmütigem Geiste wie dieser Kriegsparteitag. Nie wurden so weittragende zu praktischem Handeln zwingende Beschlüsse gefaßt. Stark ist der Wille zur Wiedervereinigung aller Sozialdemokraten. Voraussetzung muß aber bleiben die Anerkennung des demokratischen Prinzips, d. h. Unterordnung der Minderheiten unter die Mehrheitsbeschlüsse. Die Lebensquelle jeglicher Organisation — Partei wie Gewerkschaft — ist das Mehrheitsprinzip.

Die naheliegende Erklärung für die ungewöhnlich starke Übereinstimmung in den meisten sachlichen Fragen, die zur Verhandlung standen, ist leicht gegeben. Es stehen nicht mehr alle Vertreter des deutschen Sozialismus unter einem Banner! Die „Abspaltung der Unabhängigen“ umfaßt in der Hauptsache jene Führergruppen, die schon in den Jahrzehnten vor Kriegsbeginn hauptsächlich der Demonstrationspolitik das Wort redeten. Sie beeinflussten in hohem Maße die Beschlüsse und Verhandlungen der Parteitage, und zum erstenmal ist in Würzburg mit diesem Demonstrationsprinzip gebrochen worden. So unzweifelhaft und klar der Parteitag aussprach, daß keinerlei Grundzüge des Sozialismus aufgegeben werden sind noch aufgegeben werden sollen, so zeigt sich doch oft erst bei der praktischen Betätigung, wo und wie eingesetzt werden kann. Die Fiktion: „Alles oder nichts“ hat sich nun auch in der politischen Betätigung als geradezu arbeiterfeindlich erwiesen, nachdem sie bereits seit den neunziger Jahren (mit ihren „wilden Streiks“) in den Gewerkschaften aufgegeben werden mußte.

Dah es zu dieser Erkenntnis erst eines Weltkrieges bedurfte, ja, daß trotz des vierten Kriegsjahres auch heute noch tausende durchaus adelswürdiger Genossen nicht zutreten wollen, sondern die starren Formeln aus früheren Zeiten festhalten, ist eine betrübende Tatsache, der wir nicht durch gegenseitiges Verschlimpfen beikommen, sondern nur durch scharfe, harte Aufklärungsarbeit.

Diese Aufklärungsarbeit hat der Würzburger Parteitag in Fülle geleistet.

Über 360 Delegierte nahmen diesmal am Parteitag teil und die Bischofsstadt Würzburg ward für sie auf lange Zeit hin eine freundliche Erinnerung hinterlassen. Das ging schon aus der Eröffnungssprache Eberts hervor, die eine treffliche Zusammenfassung der politischen Vorgänge bot. Wir geben hier einen kleinen Auszug:

Von dem letzten Parteitag trennen uns vier Jahre des furchtbaren Völkermordens. Ein Meer von Blut und Tränen, dumpf und schwer lastet auf uns wie Schatten des Todes. Unfänglich groß ist die Zahl der Freunde, die der Krieg aus unseren Reihen gerissen hat. Alle Völker befeelt heute tiefster leidenschaftlicher Wille zum Frieden. Ihnen allen brennt die Frage auf der Seele, wie wir am raschesten zum Frieden kommen. In dieser Tatsache können auch die Treibereien der Eroberungspolitiker nichts ändern. Natürlich kann keine Partei die Waffen niederlegen, solange die andere in ungehemmter Eroberungslust weiterkämpft. Solange die Gegner nicht zum Frieden bereit sind, haben wir weiter zur Verteidigung unseres Landes. Aber auf der anderen Seite fordern wir unbedingt klare und feste Friedensarbeit, frei von jeder Zweideutigkeit. Die Völker der feindlichen Länder müssen die Gewährung haben, daß wir einen gerechten Ausgleich wollen, dann werden sie friedensgeneigter werden, während gegen Vergewaltigungs- und Vernichtungspläne jedes selbstbewußte Volk mit dem Aufgebot seiner ganzen Kraft den Kampf fortsetzt. Unsere Gegner im alldeutschen Lager wägen, daß unsere Friedensarbeit nur Mißerfolge gehabt hätte. Wir hätten uns nicht einmal mit den Sozialisten der anderen Völker verständigt. Wir verstehen nicht die ungeheure Schwierigkeit der Friedensarbeit. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt ist vergiftet durch Doh, Bohnwisch und Biedervergeltungspläne. Daran tragen unsere Alldeutschen in hohem Maße die Mitschuld. Gerade ihr zügelloses Treiben und skrupelloses Fordern hat zur Aufspaltung des feindlichen Siegeswillens außerordentlich beigetragen. Wie uns die Welt Eroberungsarten der Alldeutschen im feindlichen und neutralen Ausland schaden, das haben wir in Stockholm gesehen. Trotz alledem ist unsere Friedensarbeit nicht vergeblich. Mit der Stockholmer Konferenz ist die Friedensfrage in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen gestellt worden. Alle Staatsmänner sind gezwungen worden, zur Friedensfrage Stellung zu nehmen. Erst Stockholm hat die Atmosphäre geschaffen für die Friedensfundation des Reichstags und die Friedensnote des Papstes. Die vielumstrittene Reichstagsfundation war eine Friedensstat. Sie wird aus der Geschichte dieses grausigen Krieges immer hervorleuchten als Appell an Menschlichkeit und Vernunft. Daß sie in feindlichen Ländern den Friedenswillen der Völker gestärkt hat, ist ganz unverkennbar. Die Gewaltmittel der Entente-Regierungen und der verzweifelte Schreiß der Pazifverweigerung reden da eine sehr deutliche Sprache. Die Leiden der arbeitenden Massen unter dem furchtbaren Mergel sind in allen Ländern gleich entsetzlich. So schwierig die Aufrichtung der proletarischen Internationale auch sein mag, das Friedensgeplänkel der Diplomaten stellt die Geduld der Völker auf eine zu harte Probe, deshalb wird die Bewegung für einen Frieden, der in den Völkern selbst verankert ist, notwendigerweise immer stärker werden. Ein rascher Friedensschluß ist für die Arbeiter aller Länder eine wahre Lebensfrage, die Lebensnotwendigkeit selbst. Trotz aller Widerstände und Demünnungen wird das sozialistische Pflichtbewußtsein schließlich über Gaf und Verblendung regieren.

Ebert beleuchtete dann die innerpolitischen Verhältnisse und erklärte hierzu:

Der Militarismus unserer Politik muß der stärkste und rückfichtloseste Widerstand entgegengeleitet werden. Vor allem muß aufgegeben werden mit dem Belagerungsstand, dieser unerkennlichen politischen Zwangsjacke. Gerade jetzt muß das Wort wahr gemacht werden, daß das Talent freie Bahn haben muß. Das Dreiklassenstimmrecht muß schnellstens und restlos beseitigt werden, und es wird beseitigt werden, denn wir werden nicht dulden, daß es bestehen bleibt. Jeder Verschleppungsversuch würde verhängnisvoll für unser Land sein. Neben dem demokratischen Wahlrecht in Preußen bleibt kein Raum für das Herrenhaus. Mit ihm muß gleichfalls aufgeräumt werden.

Der Bericht des Parteivorstandes, den gleichfalls Ebert erstattete, ergab nicht mehr das einst so stolze Bild einer geschlossenen Sozialdemokratie. Die Ursachen der Spaltung sowohl als auch die einzelnen Vorgänge wurden gründlich beleuchtet, und auch die Diskussion zum Geschäftsbericht bewegte sich vornehmlich um diesen Punkt. Wir können an dieser Stelle dieses unleidige Kapitel übergehen, empfehlen aber unseren Kollegen das eindringliche Studium, soweit sie sich dafür interessieren. Bemerkenswert ist noch, daß über 70 Proz. der Partei im Meer stehen, so daß der Mitgliederrückgang von 1 Million auf 250 000 zum größten Teil damit seine Erklärung findet.

Die Debatte über den Geschäftsbericht dauerte bis Dienstag mittag. Sie stand auf großer Höhe und ein warmer Unterton des Verständigungswillens mit den Unabhängigen. Man sah allgem. durch. Die an anderer Stelle abgedruckten Resolutionen hierzu wurden mit allen gegen 7 Stimmen angenommen.

Das Referat Davids über den Bericht der Reichstagsfraktion bot, wie man es bei diesem Redner stets gewöhnt ist, eine Fülle von tiefgründigen, anregenden Gedanken. Noch einmal begründete er die Bewilligung der Kriegskredite und die Konzentration der Landesverteidigung. Auch hierzu ein kleiner Auszug:

Der ganze Verteidigungs nihilismus beruht auf der unwirklichen Vorstellung, daß die Menschheit einem nationlosen Weltstaat entgegenstehe. Tatsächlich lehren Biologie und Geschichte die immer härtere Ausprägung besonderer Eigenart. Wie kamte im August 1911 das deutsche Gemeinheits- und Staatsgefühl trotz aller Verhüttung durch unsere unglückliche Entwicklung elementar auf. Wir hätten uns gegen das elementare Massengefühl der Arbeiter gar nicht auflehnen können, so tief war die richtige Empfindung, daß wir unmöglich auf unsere Selbstbehauptung als Volk verzichten können. Die Unterschiede der Völker und ihre gegenwärtigen Interessen lassen sich nicht einfach aus der Welt defektieren, um dafür können wir arbeiten, daß sie friedlich ohne Waffen ausgerollt werden. Darum ist der Verteidigungs nihilismus eine blutleere Utopie. Aber er ist wenigstens konsequent hergeleitet aus der Lehre, daß der Arbeiter kein Vaterland habe. Dann aber gibt es noch eine Gruppe, die prinzipiell die Landesverteidigung anerkennt, praktisch aber denen, die hinaus gehen, die Mittel räumweg verweigert. Das ist ein unmögliches Durcheinander- und Zwißendurchgehen. Im Frieden lebten wir das Militarismus wegen seiner anderen antiken Tendenz ab. Im Kriege war dazu keine Zeit. Wenn es brennt, kann man nicht am Spritzenstiel maßen. Wir suchen den Brand zu löschen. Um das Verlöschen der Nation handelte es sich, nicht um ein Verleugensbrot für die Regierung. Wir konnten unserem Land nicht in den Rücken fallen. Die Kriegskreditverweigerung wäre eine Parteimahime gegen das eigene Volk gewesen. Scharf wandte sich David dann gegen die Aißdeutschen. Von der inneren Politik sagt er:

Die englische Zufuhrsperrre hätte uns nicht die Nahrungsmittelnot gebracht, wenn nicht agrarische Interessen und profitgierige Händler das deutsche Volk ausgewuchert hätten. Wo wären wir sozialpolitisch in diesem Krieg hingekommen ohne die starke gewerkschaftliche Organisation, die Erhöhung der Altersjahrgang und der Rente, den neuen Schutz für die Soldaten gegen Willkür und Schikanen, den wir erst in der letzten Tagung wieder durchgesetzt haben. Schutz der Reichsrechte, Regionalautonomie, Erhaltung und Wiederaufbau des physischen Körpers unseres Volkes ist unsere Zukunftsaufgabe, und überall begegnen wir der Vaterlandspartei als Demijuch. In allen praktischen Fragen sind wir auch im Gegensatz zu den „Unabhängigen“. Sie haben acitimmt gegen die Aufhebung der politischen Zensur, gegen das Kapitalabfindungsgezet, gegen die Vereinerlichung der Gewerkschaften von den Rechten des Vereinsrechts, gegen die Kriegsgewinnsteuer, gegen die Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung. Sie treiben die Politik der Katastrophe, wir bereiten Schritt für Schritt vorwärts und nehmen alle Abzweigungsabzweigungen an, um sofort auf volle Zahlung weiter zu dringen. Ihre Unfruchtbarkeit hat in der früheren einzigen Fraktion Arbeitskraft und Arbeitsfreude getötet.

Davids endete mit dem hoffnungsfrohen Ausblick: Der Krieg als großer Revolutionär macht die Bahn frei für Neues. Gewiß stehen uns noch große Kämpfe bevor, aber auch unsere Macht ist gewaltig gewachsen, und wir fühlen in uns die Kraft, ungeliebte Aufgaben zu bewältigen. Wir haben einen tatkräftigen, tatfreudigen Optimismus, ein freies deutsches Volk mit höherer politischer und sozialer Kultur, im Innern geeicht, im Kreise der anderen freien Völker ein reiche Frucht tragender Zweig am Baum der Menschheit. Das ist unser deutsches, unser sozialdemokratisches Ideal, das ist die hohe geschichtliche Mission der deutschen Arbeiterbewegung. Werden wir ihr gerecht!

Die Diskussion wurde mit einem Referat Hochs eingeleitet, das aber nicht wesentlich im entscheidenden Punkt, der Landesverteidigung, überhaupt nicht vom Referenten abwich. Er ist jetzt für Kreditabteilung, wenn die Regierung nicht ungewichtig ihre Kriegsziele offenbart. Die folgenden Redner standen fast durchweg auf Davids Standpunkt, und bedenk man, zu welcher unheilvollen Zerrissenheit gerade die Kreditbewilligung geführt hat, so möchte man noch härter als bisher wünschen, daß vor zwei Jahren ein Parteitag möglich gewesen wäre. Er hätte gewiß mit überwältigender Mehrheit für die Kreditbewilligung gestimmt und die Massenzerstückelung hätte wohl vermieden werden können. Doch weder politische noch parteipolitische Vorgänge lassen sich rückwärts revidieren.

Die Resolution Löbe (abgedruckt weiter unten) vereinigte 202 gegen 14 Stimmen auf sich, während der Antrag Hoch ganze 26 Stimmen auf sich vereinigte (Ablehnung der Kredite).

(Schluß folgt.)

Wichtige Beschlüsse vom Würzburger Parteitag.

I.

1. Einigungsbeschlüsse des Parteitags.

Im Bewußtsein der unbedingten Notwendigkeit einer ungebrochenen Front — eine Notwendigkeit, die für die kommenden schweren Kämpfe der Arbeiterschaft auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Boden Voraussetzung jeder erfolgreichen Wirksamkeit ist — fordert der Parteitag alle Genossen auf, den Willen zur Parteilichkeit zu härten und diesem Willen alle anderen Gegenstände zu unterwerfen. Nur so kann dem sinnwidrigen Zustand ein Ende bereitet werden, daß unsere Bewegung, die immer Ausdruck eines auf die Zukunft gerichteten Friedens war, sich um etwa verscherte Gelegenheiten der Vergangenheit zaudert und um diesen Punkt auf dem Sprunge steht, nützlich Gegenwarts- und Zukunftsmöglichkeiten der Arbeiterschaft zu verfehlen.

(Eine Partei, die für die Verständigung der Völker wirft und für den Frieden der Nationen eintritt, darf nicht um Mittel und Wege verlegen sein, in die eigenen Reihen einheitlichen Sinn und Willen, unbeschadet der abweichenden Auffassungen im Einzelfall, zu bringen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Zeit, den Parteilichkeit beizulegen, indem das große Ziel unserer Bewegung wieder ins Bewußtsein der Massen gerückt wird — die einheitliche Aktion der Proletarier aller Länder!

In diesem Sinne beauftragt der Parteitag alle Parteioorganisationen und vor allem die Parteipresse und den Parteivorstand, bei günstiger Gelegenheit zu handeln.

Durchbrungen von der Ueberzeugung, daß eine erfolgreiche Wirksamkeit der Arbeiterbewegung nur durch ihre Geschlossenheit und Einheitlichkeit möglich ist, teilt und unterstützt die Partei alle Bestrebungen, die auf die Herbeiführung der Parteilichkeit gerichtet sind. Die Parteilichkeit steht einer demokratischen Partei bei größter Fuldung aller Meinungsver-

chiedenheiten die Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit voraus. Wer diese Grundsätze nicht anerkennt, verneint die Lebensquelle der Partei, die in der Zusammenfassung aller Kräfte zu einem einheitlichen Willen und einheitlichen Aktionen liegt. Alle Bestrebungen auf Herstellung der Parteilichkeit müssen deswegen die Forderung auf Anerkennung des Mehrheitsprinzips in sich schließen.

Das beste Mittel zur Herbeiführung der Parteilichkeit erblickt der Parteitag in der Stärkung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er fordert darum die staßendbewirkte Arbeiterschaft Deutschlands auf, sich ihr anzuschließen. Die Ansbereitung ihrer geschlossenen Organisation bildet die sicherste Gewähr dafür, daß die schwierigen politischen Kämpfe der Zukunft erfolgreich für die Arbeiterschaft ausgehen werden.

2. Landesverteidigung, Verständigungsfrieden und demokratische Reformen.

(Antrag Löbe)

Mehr als drei Jahre währt der unheilvolle Weltkrieg und noch immer sind die herrschenden Mächte anerkennend, den Ausweg zur Erzielung des Friedens zu finden.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich in Uebereinkimmung mit ihren Grundsätzen zur Pflicht der Verteidigung ihres Landes bekannt. Das war eine harte Notwendigkeit, um eine Niederlage Deutschlands und eine dauernde wirtschaftliche Verelendung unseres Volkes und im besonderen der deutschen Arbeiterschaft fernzuhalten. Der Parteitag billigt daher die von der Reichstagsfraktion während der Kriegszeit vertretene Politik.

Er verpflichtet die Fraktion wie bisher, so auch weiterhin ihre Stellungnahme zu der Bewilligung von Krediten davon abhängig zu machen, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten sind.

Der Parteitag bekräftigt von neuem die Ueberzeugung, daß ein Friede zu erreichen ist, durch den kein Volk politisch oder wirtschaftlich oder finanziell verunglückt wird. Nur die Aufstellung eines solchen Friedenszieles ist geeignet, bei allen Völkern, die zur Fortsetzung des Krieges treibenden Kräfte zu überwinden und die Friedensbestrebungen siegreich zu machen. Nur ein solcher Friede kann die Gewähr der Dauer in sich tragen. Der Parteitag heißt die Tätigkeit der Delegierten und der Gewerkschaften in Stockholm gut und billigt die Entschließung des Reichstages vom 19. Juli und erblidt in den Vorschlägen, die in der Note des Vatikans und in der deutschen Antwortnote gegeben sind, eine geeignete Grundlage für die Einleitung von Friedensverhandlungen. Er fordert die Reichsleitung auf, mit rückhaltloser Offenheit für die Wiederherstellung Belgiens als eines nach allen Seiten neutralen Staates einzutreten. Er protestiert mit größter Entschiedenheit gegen Pläne, die auf eine Aufteilung von Elsaß-Lothringen unter die deutschen Bundesstaaten ausgehen und hält daran fest, daß ohne Verzögerung die Autonomie und Gleichberechtigung als Bundesstaat im Rahmen des Deutschen Reiches an Elsaß-Lothringen zu verbriefen wird.

Der Parteitag erhebt den schärfsten Einspruch gegen die Forderungen der Eroderungsbestrebungen der Wildemischen, der sogenannten Vaterlandspartei und verwandter Richtungen. Er weiß das gewissenlose Treiben dieser zurück, die die ihnen zufließenden Kriegsgewinne zu einer frivolen Agitation gegen die Friedensbestrebungen benutzen und den Namen des Vaterlandes zu ihren Parteizwecken zu miß-

brauchen sich erdreisten. Diese Kreise nehmen die ungeheure Schuld auf sich, den Kriegsverlängerern in den gegnerischen Ländern immer von neuem Anlaß und Vorwand zur Aufspießung der Kriegseifersucht ihrer Völker zu geben. Zugleich laden sie die schwere Schuld auf sich, die Einigkeit unseres Volkes im Verteidigungskampfe zu schwächen und zu gefährden. Es ist die Pflicht der Reichsleitung, jeder amtlichen Beeinflussung zugunsten der Konzeptionspolitik entgegenzutreten und sich von den Vertretern dieser Politik in voller Ungeachtetheit loszusagen.

Der Parteitag verlangt die sofortige Verwirklichung der Sehnsucht des deutschen Volkes nach Demokratie. Er ist der Ansicht, daß nichts so geeignet sein würde, die Widerstandskraft und den Verteidigungswillen des deutschen Volkes zu härten, als die Verwirklichung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Insbesondere erblidt der Parteitag in der unverzüglichen Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen sowie in der entscheidenden Mitwirkung des Reichstages bei allen größeren Fragen der Zeit Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Die Verantwortung für alle Forderungen, die sich aus der Verzögerung der demokratischen Neugestaltung ergeben können, lehnt der Parteitag ab. Sie fällt auf diejenigen, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen.

Von diesen Anschauungen geleitet, fordert der Parteitag das deutsche Volk auf, unter dem Banner der sozialdemokratischen Partei einig und geschlossen den Kampf zu führen für Frieden und Freiheit, für die deutsche Zukunft und für die höchsten Güter der Menschheit.

Unser Verband am Schlusse des 38. Kriegsmonats.

(Nach dem Stande vom 1. Oktober 1917.)

Unsere vorliegende Zusammenstellung bietet wiederum ein recht erfreuliches Bild unserer Organisationsstärke im September. Bis 29.10.17 ist die Mitgliederzahl namentlich auf 30.149 gestiegen. Also ein Zuwachs von 981 Mitgliedern. Verglichen mit der Zahl der Neueingetretenen (1699) ist die Abkantung immerhin noch bedeutend. Von den neu gewonnenen Mitgliedern sind 904 männliche und 795 weibliche, während die Zunahme von 981 Mitgliedern sich aus 659 männlichen und 325 weiblichen Mitgliedern zusammensetzt. Im Werte stehen noch 28.946 unserer Kollegen, 74 weniger als im Vormonat. Tagegen ist die Zahl der Ebertrauen der Arbeiter gestiegen, während die der Kinder etwas geringer wurde. Ein Steigen von 46 haben wir leider auch bei der Zahl der Toten zu verzeichnen. Es sind jetzt 2340.

Nur Unterfränkungszone und die Saupfasse dies mal 277.367 Mk. weniger als im Vorberichte. Während der August 247.260,00 Mk. erforderte, schließt der Monat September mit 20.962,12 Mk. ab. Immer noch eine ungeheurer hohe Summe. Nur Gemafregelunterstützung, die im August 162.551 Mk. betrug, hatten wir diesmal 77.172 Mk. oder 84,82 Mk. weniger aufwenden. An 8 männliche und 17 weibliche Arbeitslose wurden 176,75 Mk. Unterstützung ausgezahlt. Es sind dies 137,75 weniger als im August. Einen nur unmerklichen Rückgang von 274,90 Mk. zeigt die Ausgabe für Krankenunterstützung, die insgesamt 13.206,45 Mk. erforderte. Verhältnismäßig höher ist der Rückgang von 1512,50 Mk. bei der Sterbeunterstützung. Im Vormonat wurden dafür 8.806 Mk. aufgewendet. Einen Ueberblick bieten die anschließenden Tabellen.

Aufnahmetag	Mitglieder am Schluß des II. Qu. 1914		Neu-aufnahmen	Mitglie-der, Ab-nahme selbst-zunahme		Angehörige der Eingezogenen		Kr.-beits-lose
	II. Qu. 1914	1. Okt. 1917		Ab-nahme	Zu-nahme	Fr.-weib-	M.-weib-	
15. August 1914	54522	41952	—	1919	8517	18001	531	
30. September	54522	37174	—	2779	11508	22117	511	
31. Dezember	54522	84850	—	3600	12494	24070	523	
31. März 1915	54522	31831	—	3395	14796	27898	201	
30. Juni	54522	29207	—	3345	16703	32677	72	
30. September	54522	27844	—	2634	18137	36300	77	
31. Dezember	54522	26605	477	2513	19294	37759	282	
31. März 1916	54522	26600	627	1985	19682	37714	158	
30. Juni	54522	27013	708	1116	20098	38444	56	
30. September	54522	26190	555	1026	20845	40154	59	
31. Oktober	54522	26192	447	849	20905	40293	63	
30. November	54522	25972	591	491	21318	41368	81	
31. Dezember	54522	25586	581	645	21500	41543	131	
31. Januar 1917	54522	25455	577	883	21486	46309	141	
28. Februar	54522	26004	1006	*463	21714	42123	141	
31. März	54522	26380	1381	*729	21847	42238	57	
30. April	54522	26932	902	*1179	21602	41632	47	
31. Mai	54522	27748	1182	*1946	21560	41896	42	
30. Juni	54522	27498	1144	*1872	21634	42090	40	
31. Juli	54522	28002	865	*2404	21662	41602	50	
31. August	54522	29165	1649	*3663	21196	41305	57	
30. September	54522	30149	1699	*4573	21573	40801	—	

* Zunahme.

Landes Nr.	Gau	Mitgliederzahl am		Neu-aufnahmen	Mitglieder		Angehörige der Eingezogenen		Som 1. bis 30. September 1917 auf Kosten der Saupfasse ausgezahlte Unterstützungen				Gesamtsumme					
		Schluß II. Qu. 1914	30. September 1917		Zu-nahme	Ab-nahme	Fr.-weib-	M.-weib-	an Arbeitslose	an Kranke	in Ebertrauen	an Sterb- u. Gemafregelunterst.						
		Mk.	Mk.		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.						
1	Berlin	9619	5244	283	2344	—	4587	8156	—	—	2488	75	720	—	—	3206	75	
2	Brandenburg	1022	555	82	13	—	385	687	57	—	209	75	50	—	12	—	328	75
3	Bremen	2670	1187	5	—	185	903	1670	—	—	256	75	115	—	—	—	871	75
4	Breslau	1360	2196	82	1822	—	777	1675	—	—	414	25	370	—	762	72	1546	97
5	Dresden	3381	1744	117	72	20	1296	2168	9	—	1020	50	1155	—	—	—	2144	50
6	Erfeldorf	2459	1282	157	72	—	868	1130	—	—	882	25	80	—	—	—	412	35
7	Hannover	3109	1910	61	604	—	1446	3084	12	—	1187	—	765	—	—	—	1964	—
8	Hamburg	7075	3544	289	629	—	2887	4960	35	25	1091	75	1130	—	—	—	2967	—
9	Hannover	1171	602	50	8	—	481	1039	—	—	371	—	160	—	—	—	591	—
10	Hannover	1102	449	23	—	34	606	1280	—	—	135	25	35	—	—	—	170	25
11	Hannover	3172	1424	18	—	310	1227	2426	4	—	808	—	335	—	—	—	1287	—
12	Hannover	1596	1085	177	323	—	617	1264	32	50	540	75	270	—	—	—	843	25
13	Hannover	1499	772	8	—	94	466	761	—	—	872	25	170	—	—	—	542	25
14	Hannover	3926	1674	77	—	7	1127	2199	7	50	1096	20	500	—	—	—	1603	70
15	Hannover	4154	2986	151	264	—	1118	2674	19	50	1034	75	372	50	—	—	1426	75
16	Hannover	2618	1276	105	—	124	1045	2109	—	—	516	75	170	—	—	—	686	75
17	Hannover	1909	600	1	—	464	686	1530	—	—	249	75	255	—	—	—	504	75
18	Hannover	2908	1514	46	—	208	939	1939	—	—	939	75	190	—	—	—	1129	75
19	Hannover	812	115	7	—	60	92	65	—	—	8	—	—	—	—	—	8	—
		54522	30149	1699	6079	1560	21573	40801	176	75	13208	45	6792	50	774	72	20952	42

+ 4573

Wasserbauarbeiter

Bayerische Wasserbauarbeiter und ihre Teuerungszulage. Bei der letzten Neuregelung der Teuerungszulage blieben die Arbeiter bei den kgl. bayer. Straßen- und Flußbauämtern bis heute unberücksichtigt. Dies veranlaßte die Gauleitung unseres Verbandes (Gau München), unterm 8. Oktober 1917 folgendes Schreiben an das kgl. Staatsministerium des Innern zu richten:

„Nach Nr. 45 des Gesetz- und Verordnungsblattes des Königreichs Bayern wird den Herren kgl. bayer. Staatsbeamten eine Teuerungszulage nach vier Gruppen gewährt. Die unterste Gruppe sieht einen jährlichen Betrag von 900 Mk. laufende und eine einmalige Zulage von 100 Mk. vor. Diesen Sätzen hat sich auch das kgl. Verkehrsministerium angeschlossen. Wir erlauben uns daher als die am stärksten vertretene und daher als die berufsmäßigste Organisation dieser Arbeiter bei der hohen kgl. Staatsbehörde den Antrag einzubringen, sie wolle für die in den kgl. bayer. Straßen- und Flußbauämtern beschäftigten Arbeiter die Teuerungszulage nach Gruppe IV der kgl. bayer. Staatsbeamten gewähren.“ In der Erwartung, daß angeichts der teuren Preise aller Lebens- und Bedarfsgegenstände auch hier keine Ausnahme gemacht werden wird, sehen wir einer baldigen Verabschiedung unseres Antrages entgegen.“ — Diese Petition wurde am 9. Oktober 1917 eingereicht. Offenlich wird sie auch den nötigen Erfolg zeitigen. Während dieser Eingabe mehrere Wasserbauarbeiterversammlungen die Zustimmung erteilten, mißt sich ein gewisser Virus Versuch an Landeshut ab, im Auftrage eines Landtagsabgeordneten unter den Wasserbauarbeitern Unterschriften für eine Petition zu sammeln, aus der nicht hervorgeht, was eigentlich verlangt werden soll. Der gute Mann garantiert dann, daß eine Teuerungszulage gewährt wird. Es wäre interessant zu erfahren, welcher Abgeordneter eigentlich den Auftrag zum Unterschriftensammeln erteilt hat. Noch interessanter aber wäre es, wenn man erfahren könnte, aus welcher Klasse der Reich für die veräußerten Arbeitstage bezahlt wird. Nachdem B. von einer Arbeitsstelle zur andern wandert, kommen mehrere Tage Arbeitsversäumnisse in Frage. Gewiß erhalte der B. die Arbeiter, sie mögen am Samstag sammeln und den Betrag an seine Adresse einschicken, damit die Reichslohn gedeckt werden. Aber die Arbeiter, besonders die beim freien Gemeindearbeiterverband, haben für solche Ausgaben kein Verständnis, weil sie ihre Interessen nicht bei Herrn Reich, sondern in ihrem Verband vertreten lassen. Wenn nun nichts bezahlt wird, wer deckt die Kosten? Der steht etwa Gimpelgang einer Organisation daüber, die sich um den Bezirk herumdrückt und den fraglichen Abgeordneten martiert? Vielleicht klärt Herr Reich die Sache auf.

Salinenarbeiter

Die kgl. bayer. Salinenarbeiter und die Teuerungszulage. In Nr. 41 der „Gewerkschaft“ sind die von den bayerischen Finanzstaatsministerien neuregelten Teuerungszulagen veröffentlicht. Sie sehen sich, von der Rückseite betrachtet, sehr schön an. Die Schattenseite trifft leider wieder einmal die Arbeiterchaft. Während man es bisher für gut fand, den niederstbezahlten Arbeiter am meisten Zulage zu gewähren, hält man es diesmal für falsch. Die Vorlage schaltet zunächst die staatlichen Arbeiter von jeder Teuerungszulage aus. Auch bei den Beamten trifft der alte Grundatz: „nach oben in Scheffeln, nach unten in Löffeln“ wieder zu. Die Aufbesserung der Staatsarbeiter überläßt man diesmal dem Betriebsleitungen, die wie so oft nach ihren Launen aufbessern werden. Das zeigt sich auch bei den Salinenarbeitern. Sie erhielten bisher Kriegslohnprämien von 60 Pf. für verheiratete, 40 Pf. für ledige Arbeiter und 20 Pf. für Arbeiterinnen. Die Arbeiter selbst verlangten feinerzeit Erhöhung dieser Zulage auf 1 Mk. pro Tag. Die Salinenverwaltung war mit seiner Neuregelung der Teuerungszulage gleich fertig. Ab 1. August d. J. wurde die „Prämie“ auf 1 Mk. für verheiratete, 70 Pf. für ledige Arbeiter und nur 40 Pf. für Arbeiterinnen erhöht. Die einmalige, bereits vom Landtag beschlossene Zulage kennt man dort nicht. Die Salinenbetriebsverwaltung hat wohl keine Ahnung, was die Arbeiter für den bevorstehenden Winter brauchen könnten. Winterkleidung, Lebensmittelvorräte in Kartoffeln usw., Heizmaterial u. a. mehr; ach was, was brauchen dies die Arbeiter. Sie sollen arbeiten, dann wird ihnen warm. Die Arbeiter leben die Sache anders an. Sie wollen diese einmalige Zulage haben; sie wollen auch die Ausbesserung der ledigen und verheirateten Arbeiter aufgehoben wissen, weil ein Unterschied in der Bezahlung durch die Minderbeihilfe bereits besteht. Sie wollen ferner, daß sie gleich den Verkehrsarbeitern nach der untersten Stufe der Beamten aufgebessert werden. Das sind die Wünsche, die sie durch die Gauleitung ihres Verbandes an das Finanzministerium leiten ließen. Die bestehenden Löhne sind noch milder als das Affordsystem; dort weiß wenigstens der Arbeiter am Schluß des Affords, was er verdient hat. Er hat einen garantierten Tagelohn, während bei den kgl. bayerischen Salinenarbeitern das Gedrängewesen nach zu schoner Plüte nicht. Das Gedrängewesen ist unkontrollierbar, diese Entlohnung beruht auf der

Grundlage des Schätzens. Die Schätzung haben wieder die Vorgesetzten, die, um 100 gegen 1 zu wetten, in 10 Schätzungen nur einmal zugunsten der Arbeiter entscheiden. Das liegt in der Natur der Sache begründet; je günstiger ein Beamter für den Betrieb arbeitet, um so angelegener ist er von seinen Vorgesetzten, um so eher kommt er in den Betrieb vorwärts. Das ganze Entlohnungssystem ist willkürlich, hinterwäldlerisch und artet zum Schaden der dort beschäftigten Arbeiter aus. Es könnte nicht vorkommen, daß ein Arbeiter mit 21 Dienstjahren auf einen Tagelohn von 4,20 Mk. zu stehen kommt. Wäre die soziale Anschauung bei der kgl. Salinenverwaltung nicht im hintersten Winkel irgendeines Bureau vergraben, dann hätte sie diesen allen verführerischen Entlohnungsbrauch längst unter das alte Eisen geworfen. Warum setzt man nicht an dessen Stelle die von Arbeitern gewünschten festen Tageslohne? Die Entlohnung ist ungenügend und muß daher verbessert werden. Mann es die Salinenverwaltung nicht, dann muß das Finanzministerium, welches ja angerufen wurde, einschreiten; kann es auch diese hohe Stelle nicht, dann müssen sich die Landtagsboten, die gegenwärtig versammelt sind, der Sache annehmen. Sache der kgl. Salinenarbeiter wird es aber auch sein, die durch die Organisation zwar errungen, aber ungenügende Teuerungszulage mit erhöhen zu helfen. Das können sie nur durch den Ausbau ihrer Organisation, durch den Beitritt zum Verband.

Aus unserer Bewegung

Münch. Am 8. März beantragte die Filiale eine Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter um 50 Pf. pro Tag. Mit Wirkung vom 1. April wurde dann die Teuerungszulage um 30 Pf. täglich erhöht. Da am 17. Juni 1915 rückwirkend ab 1. Mai 1915 eine Zulage von 40 Pf., Anfang Juni 1916 rückwirkend ab 1. April 1916 weitere 20 Pf. Zulage gewährt wurden, so beträgt die gesamte Erhöhung seit Kriegsbeginn 90 Pf. täglich. Da dies nicht reicht, werden am 28. September dieses Jahres Anträge auf weitere Lohnerhöhung um 80 Pf. für die Bauamtsarbeiter, 1 Mk. bis 1,20 Mk. für die Gasarbeiter gestellt.

Berlin. (Cöthafen.) Während im allgemeinen das Kapitel „Wie man uns behandelt“ aus den Spalten unserer Zeitung mehr und mehr schwand, weil einerseits die Kriegsmode und der Arbeitermangel auch diejenige Vorgesetzten, die sich sonst gern etwas „aussehen“ lies; andererseits zur Selbstbeherrschung zwingen und weil andererseits anerkannt werden muß, daß die Groß-Berliner Stadtverwaltungen unserem Wicken jetzt weit mehr Verständnis als früher entgegenbringen, müssen wir leider wieder einmal eine Ausnahmeerziehung hier zur Sprache bringen. Im Cöthafen „wirkt“ der Herr Reichmann, ein alter Lorenz! Der Mann ist 15 Jahre lang Soldat gewesen! Das ist weder eine Schande, noch eine besondere Verdienst! Herr Lorenz ist zwar k. v., aber doch in der Heimat. Und das ist ein Fehler; denn freierlich versenkte Leute sollten unter allen Umständen an die Front geschickt werden, da sie dort notwendig gebraucht werden. Wie Herr Lorenz sein Amt auszuüben für zweckdienlich hält, dafür ein Beispiel für viele. Ein Kran, der bis zur Höhe von 7 Stockwerken reicht, steht nicht ganz sicher. Der Kranführer macht Herrn Lorenz pflichtgemäß auf die bestehende Gefahr aufmerksam und meint den Kran nicht benutzen zu können, bevor er nicht in Ordnung gebracht worden ist. Am Verlaufe der Auseinandersetzung brüllte Herr Lorenz den Kranführer an: „Sie dämlicher Kerl! Sie sind überhaupt zu dämlich, den Kran zu führen!“ Der Mann weist auf seine bisherige Tätigkeit beiderseits hin und Herr Lorenz tobte: „Halten Sie Ihr dreifaches Maul, sonst haue ich Ihnen ein paar Paddelsteine!“ — Herrn Lorenz empfehlen wir eindringlich den „Mittag“ zum Studium und erhoffen baldige Besserung. Andernfalls haben wir uns gezwungen, andere Maßnahmen zu ergreifen, um Herrn Lorenz zu erträglicheren Umgangsformen zu zwingen.

Berlin. (Schlacht- und Viehhof, Erhöhung der Teuerungszulagen.) Am 31. August d. J. haben die Arbeiter und Arbeiterinnen des Schlacht- und Viehhofs den Antrag gestellt, ab 1. September die Teuerungszulagen für Männer um 10,2 Pf. und für Frauen um 10 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Außerdem wurde eine Erhöhung der Affordätze für das Heubinden um 20 Proz. verlangt. Die Erledigung des Antrages würde den Kollegen zu lange und am 3. Oktober wurde die Stadtverwaltung nochmals gemacht. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Antrag nunmehr volle Berücksichtigung gefunden, nur werden die erhöhten Sätze nicht ab 1. September, sondern erst ab 1. Oktober gezahlt. Diese Verschiebung des Termins ist um so weniger begründet, da die anderen städtischen Betriebe zum Teil bereits ab 1. Juli Erhöhungen der Teuerungszulagen gewahren mußten. Wir erwarten, daß die Verwaltung noch nachträglich den Forderungen der Arbeiter voll entsprechen wird, da diese nach Lage der Sache mit einer vollen Berücksichtigung rechnen dürfen. Die Gesamtteuerungszulage zu den Friedenslöhnen beträgt nunmehr bei den Männern 41 Pf. und bei den Frauen 31 Pf. pro Stunde. Auf den Monat berechnet, ergibt sich bei den Männern der Betrag von 102,96 Mk. und bei den Frauen 70,20 Mk.

Durlach. Angeregt durch die Wünsche unserer Mitglieder und der sozialdemokratischen Bürgerausschüßmitglieder wurde hier in der Bürgerausschüßsitzung vom 5. März eine Neuregelung der Feuerungszulagen für die städtischen Beamten und Arbeiter beschlossen. Die durch Bürgerausschüßbeschlüsse vom 6. August 1915 festgesetzten bisherigen Zulagen betragen 20 Pf. pro Arbeitstag bzw. 3 Mk. monatlich. Jetzt betragen sie 12,50 Mk., rückwirkend vom 1. Januar 1917 ab, an welchem Tage die ganze Vorlage in Kraft trat. Die Kinderzulage betrug vorher bei einem Kind 5 Mk., zwei Kindern 8 Mk., drei Kindern 10 Mk., für jedes weitere Kind 3 Mk. mehr. Jetzt beträgt dieselbe 6 Mk. für das erste und 4 Mk. für jedes weitere Kind. Die eingetückten städtischen Arbeiter waren vorher von der Feuerungszulage ausgeschlossen, weil sie, soweit sie ständig sind, den Lohn fortbezahlt erhalten. Nunmehr erhalten sie die Kinderzulage auch. Da natürlich diese Zulagen entfernt nicht ausreichen konnten, sind unterm 25. August 1917 neue Anträge an die Stadtverwaltung gestellt worden.

Freiburg i. Br. Nachdem für die Gasarbeiter bereits am 21. März ein Antrag auf Lohnerhöhung eingereicht war, wurden am 20. März und 2. April auch Lohnerböhrungen für die übrigen städtischen Arbeiter beantragt. Die Gasarbeiter, soweit sie Schichtarbeiter sind, erhielten nun mit Wirkung vom 1. April ab eine nicht ruhelohnberechtigte Lohnzulage von 75 Pf. täglich, die Lohnerböhrung für die übrigen Arbeiter wurde abgelehnt mit der Begründung, daß eine allgemeine Erhöhung der Feuerungszulagen erfolge. Dies ist dann durch Bürgerausschüß-Beschluß vom 9. Mai geschehen, und zwar in folgender Weise: Ledige bisher bis 2400 Mk. Jahreseinkommen 6 Pf., jetzt bis 3000 Mk. Jahreseinkommen 10 Pf., Verheiratete bisher bis 3000 Mk. Jahreseinkommen 10,50 Pf. und 5 Pf. für jedes Kind, jetzt bis 5000 Mk. Jahreseinkommen 16 Pf. und 7 Pf. für jedes Kind. Die Altersgrenze für die Kinderzulage wurde von 16 auf 18 Jahre erhöht. Die Feuerungszulagen für die während des Kriegs eingestellten Hilfsarbeiter wurden von 5 Pf. monatlich auf 8 Pf. für die Frau und von 3 Pf. auf 5 Pf. für jedes Kind erhöht. Ledige und Witwer (Hilfsarbeiter) gehen leer aus. Der jährliche Aufwand für die Feuerungszulage betrug nach der alten Regelung für die städtischen Arbeiter 49.842 Mk., jetzt 72.108 Mk.; für die Kriegs-Hilfsarbeiter 28.416 Mk., jetzt 46.401 Mk., die Erhöhung also 22.266 bzw. 17.988, zusammen 40.254 Mk. Das ist mehr wie beiseiden. Wenn man berücksichtigt, daß eine Lohnerböhrung um 30 Pf. pro Tag in Friedenszeiten auf etwa 50.000 Mk. zu stehen kam, der Lohnstarif aber 1912 in Kraft trat und, wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre, jedenfalls 1915 schon revidiert hätte werden müssen, so kommt man zu dem Schluß, daß die Stadt Freiburg durch ihre bisherige Feuerungszulagenbewahrung eher weniger an Lohnausgaben gebahrt hat. Als sie in Friedenszeiten etwa bezahlt hätte. Was sie eigentlich gegen die Feuerung für ihre Arbeiter getan hat, ist kaum nennenswert. Ganz in diesen Rahmen paßt auch der Beschluß, der den Gasarbeitern die Lohnzulage von 75 Pf. wieder entziehen und ihnen die allgemeine Erhöhung geben wollte. Da die Gasarbeiter dagegen protestierten, konnten sie die 75 Pf. erhalten, erhielten aber die neue Erhöhung nicht, sondern behalten ihre alten monatlichen Zulagen. Dabei weiß das Gaswerk kaum, wie es Arbeiter erhalten kann. Auch bezüglich der Lebensmittel- und Kohlenversorgung tut die Stadt nicht das Mindeste, um ihren Arbeitern das Durchhalten zu erleichtern. Trotz der sehr vielen Wählungen, die die Stadt beifit, erhalten die Arbeiter keine Hilfe, geschweige denn einen Eter Dolz, sondern müssen ihren Lebenslauf benützen, um durch stundenlange Wege in den Wald sich ein wenig Meißig und Holzabraum zu verschaffen, weil die niedrigen Löhne nicht reichen, richtiges Holz zu kaufen. Der Stadtrat ist überwiegend zentriert, der Reichstagsabgeordnete Lehrenbach ist eines seiner einflussreichsten Mitglieder.

Seibronn. Nachdem der Arbeitersauschüß der städtischen Arbeiter am 5. Juni d. J. eine Eingabe um Lohnerböhrung von 80 Pf. pro Tag und Schicht (unter alljährlicher Vorrückung) an den Gemeinderat gerichtet und wiederholt um Verschleimung nachgefordert hatte, wurde nun endlich unserer Wünsche Rechnung getragen. Laut Gemeinderatsbeschlusse vom 23. August wurden folgende Zusicherungen gemacht: Die Sätze der Lohnordnung in allen Klaffen im Anfangs- und Höchstlohn (unter alljährlicher Vorrückung) um 10 Pf. um 80 Pf. zu erhöhen; ferner den ständigen Arbeitern des Gas- und Wasserwerks mit Rücksicht auf die außerordentlichen Inanspruchnahme dieses Betriebs eine Arbeitszulage von 20 Pf. für die Dienstarbeiter und 20 Pf. für die übrigen Arbeiter zu gewähren. Der Arbeitersauschüß kann sich mit diesem Jugendumiss nicht einverstanden erklären, daß die „ständigen“ Arbeiter diese Zulage nicht auch erhalten sollten, da sie doch dieselbe Arbeit verrichten müssen wie die ständigen. Außerdem wurden noch die Lehrlingsgehälter außerhalb der Tarifskategorie von 30 Pf. auf 40 Pf. erhöht, und die Kinderzulage gleichmäßig auf 4 Mk. anhebt. Die ständigen Arbeiterinnen erhalten 10 Pf. Lohnzulage pro Tag, die Straßenkehrerinnen 4 Pf. Feuerungszulage pro Stunde, die Köchinnen eine solche von 40 Pf. pro Tag und den Wartfrauen wurde der Tagelohn von 1,10 Mk. auf 1,20 Mk. angehoben. Leider wird bei all diesen Beschlüssen wieder keine ganze Arbeit gemacht; denn müßte zum Militär entzogenen Kollegen sollte wieder mit letzten Forderungen ausgehen, was jedoch laut Versammlungsbeschlüsse

vom 7. September eine weitere Eingabe in dieser Angelegenheit an den Gemeinderat zur Folge hat. Den Erfolg all dieser Verbesserungen haben wir der tatkräftigen Arbeit unserer Organisation zu verdanken.

Wien. Nachdem bereits eine Sitzung mit dem Beig. Dr. Bernsdorfer stattgefunden hatte, fand am 10. Oktober eine weitere Sitzung mit dem Bürgermeister Dr. Adenauer statt. In dieser Sitzung nahmen die Vertreter der Christlichen sowie der Gauleiter vom Transportarbeiterverband und von unserer Organisation Kollege Hoffmann teil. In dieser Sitzung wurden nochmals die Forderungen durchgenommen. Leider ist unserer Forderung bei weitem nicht Rechnung getragen. Bewilligt sind 1,50 Mk. für männliche, 1,25 Mk. für weibliche und 1 Mk. für jugendliche Arbeiter pro Arbeitstag. Ferner wurde den Straßenbahnern für die Ruhetage anstatt 33,33 Proz. 50 Proz. bewilligt, wenn gearbeitet werden muß. Die Höchstgrenze von 180 Mk. monatlich ist gefallen. Alle anderen Punkte sind nicht bewilligt worden. In einer gut besuchten Versammlung, welche gemeinsam mit dem Transportarbeiterverband einberufen war, erstatteten die Kollegen Klösel und Hoffmann Bericht. Recht eigenartig war bei der Verhandlung das Verhalten des christlichen Vertreters Sidmann. Er hat erklärt, daß sie von der Verkürzung der Arbeitszeit zurzeit Abstand nehmen. Dieses sei auch die Ansicht der Mitglieder. Warum in aller Welt wird dann aber in dem „Gemeindearbeiter“ Nr. 19 geschrieben, daß man in der Begründung gefordert habe, „in eine Prüfung über eine grundlegende Reform des jetzigen Lohnstarifs und der Arbeitszeit einzurücken“? Wenn man doch weiß, daß man eine derartige Forderung nicht vertreten kann und will, dann stellt man diese doch erit nicht. Aber auch weiter habe Herr Sidmann betont, daß die Frauen heute schon höher im Lohn stehen wie die Männer und aus diesem Grunde eine gleichmäßige Erhöhung der Zulage nicht in Frage kommen könne. Gewiß soll zugegeben werden, daß einige Frauen im Lohn höher kommen, wenn man in Berücksichtigung zieht, daß die Frauen 8 und die Männer 9½ Stunden arbeiten müssen. Wäre es aber nicht angebracht gewesen, darauf zu verweisen, daß der Lohn der Frauen nicht so hoch, sondern der Lohn der Männer zu niedrig ist? Wir stellen nochmals fest, daß in der 7. und 8. Lohnklasse noch Endlöhne von 4,50 und 4,70 Mk. vorhanden sind. Wenn auch zu diesem Lohn die jetzige Zulage und die Zulage vom Juni hinzugezählt werden müßte, so ist der Lohn von 6,50 und 6,70 Mk. pro Tag für einen Arbeiter bei den Feuerungsverhältnissen immer noch ein recht bescheidener. Ferner fragen wir, was es notwendig, die weiblichen Arbeiter in Gegenwart des Herrn Bürgermeisters und sonstiger Vorgesetzter dadurch anzuschwärzen, daß die Wagenführerinnen mehr Strom verbrauchen sollen wie die Fahrer? Diese Verhandlung hat aufs neue bewiesen, wie schädlich eine Zerplitterung der Arbeiter in verschiedene Organisationen ist. Ammerich werden wir uns mit dem Erfolg der Lohnzulage vorläufig zufrieden geben. Unsere Anträge auf Arbeitszeitverkürzung und Aufhebung der niedrigsten Lohnklassen werden wir zur gegebenen Zeit aber wieder einbringen. Hoffentlich wird die Arbeiterchaft aus dieser Verhandlung die Lehre ziehen und für Ausbau der freien Verbände Sorge tragen. Zum Schluß wurden die beiden Verbände beauftragt, den Arbeitersauschüß zu einer Sitzung zu laden, um eine Eingabe an die Stadtverwaltung wegen besserer Versorgung mit Lebensmitteln an die Stadtverwaltung zu stellen. Diesem Antrage werden wir gerne nachkommen und hoffen, daß wir Erfolg haben. Nachmols rufen wir den Kölner Kolleginnen und Kollegen zu: Sorgt für den Ausbau des Verbandes!

Landeshut i. Schl. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieses kleinen Gewerkschafts werden beherrscht von den Textilindustriellen. Welche Gewichte diese Herren machen, zeigte kürzlich die Firma Methner, die dieses Jahr 20 Proz. Dividende verteilt und einen noch größeren Betrag zu Abschreibungen verwendete. Die Lohnverhältnisse der Arbeiterchaft sind die denkbar traurigsten. Während wir alle infolge der unvermeidlichen Erntearbeitschwierigkeiten körperlich zurückgegangen sind, was man dem Volke allgemein ansieht, so hat die Landeshuter Einwohnerchaft schon in der Friedenszeit. Sie mußte eben schon vor dem Kriege „durchhalten“. Man sollte meinen, die Stadtverwaltung würde solchen Verhältnissen frätig entgegenarbeiten, um sich einen Stamm frätiger Steuerzahler zu sichern und die Gesundheitsverhältnisse zu verbessern. Leider muß konstatiert werden, daß die Stadt die Löhne die Arbeiter nur zu sehr nach demen der Textilindustrie bemitt und nach den bisherigen Erfahrungen keineswegs gewillt war, die Kaiserworte in die Tat umzusetzen, nach denen staatliche und kommunale Betriebe Arbeiterbetriebe sein sollen. Dabei gehört Landeshut zu den teuersten Orten Schlesiens. Zahlreiche Produkte, wie Obst usw., müssen in Landeshut teurer bezahlt werden wie in der Großstadt Breslau, obwohl dieses Produkt in der nächsten Nähe der Stadt im überreichen Maße erzeugt wird. Die Stadt kommt in der Preisfestsetzung den Produzenten und Händlern weit entgegen. Gerade entgegengesetzt handelt sie bei der Festsetzung der Löhne für die Arbeiter. Die im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft befindlichen Arbeiter weichen daher auch ständig. Demselben Mangel an Wohlwollen zeigt die Behandlung der Arbeiteranträge auch sonst. Sechs Monate und länger läßt man die Arbeiter auf Bescheid warten, was für

die Wichtigkeit unserer vorherigen Behauptungen wesentlich mit spricht. Seit Frühjahr dieses Jahres sind die Preise für alle täglichen Bedürfnisse weiter beträchtlich gestiegen. Auch der minderleistungsfähige Arbeiter hat schließlich ein Recht zu leben, umso mehr wenn er seinen Kräften entsprechend arbeitet. Mit 3.— M. oder 3.30 M. pro Tag an Arbeitslohn kann er seine Bedürfnisse nicht bestreiten. Solche Beträge sind im vollen Sinne des Wortes Hungerlöhne. Wir müssen es aber als sittliche und moralische Pflicht der Arbeitgeber betrachten, einen auskömmlichen Lohn zu bezahlen. Auch der Lohn der Gasarbeiter ist bei ihrer gesundheitsschädlichen Arbeit viel zu niedrig. Unsere Landesbühler Kollegen gehören mit zu den bescheidensten Arbeitern Deutschlands, trotzdem ist es verständlich, wenn sie sich jetzt sagen, so kann die Sache nicht mehr weitergehen und eine nennenswerte Lohnsteigerung fordern. Sie rechnen auf ein Entgegenkommen beim Magistrat in der Voraussetzung, daß eine Stadtverwaltung die Interessenvertretung der gesamten Bürgerschaft sein soll. Die Arbeiter erleben aber aus der Behandlung, die ihnen bisher zuteil wurde, wie nötig sie den Zusammenschluß haben. Ohne Einigkeit und damit Organisation würden sie noch weniger verdienen. Einen Beweis dafür bilden die Frauen; die Stadt bezahlt diesen pro Tag 2.50 M. Ein Antrag des Stadtrates auf Erhöhung dieses Lohnes wurde von der Stadtverordnetenversammlung mit der Begründung abgelehnt, dieser Lohnsatz sei angemessen. Nach Abzug des Krankengeldes erhalten die Frauen pro Woche etwas über 14 M. ausbezahlt. Davon kann kein erwachsener Mensch existieren. Wer einen solchen Befehl fassen kann, der läßt sich nicht mehr vom sozialen oder menschlichen Empfinden leiten, sondern vom kranken Unterbewußtstandpunkt.

Mannheim. In der gut besuchten Versammlung vom 12. Oktober referierte Gauleiter Würker-Strasbourg über „die ständige Steigerung der Lebensmittel und die Löhne der städtischen Arbeiter“. Eingehend schildert der Redner u. a., wie im Holzgewerbe und in der Metallindustrie zurzeit Löhne gezahlt werden, die die Friedenslöhne um mehr als das Doppelte übersteigen. Auch die Reichsregierung und die Bundesstaaten haben ihren Arbeitern und Beamten ganz außergewöhnliche Zulagen bewilligt. Daraus folgert, daß auch der städtische Arbeiter das Recht für sich in Anspruch nehmen muß, die Stadtverwaltungen dazu zu drängen, ihren Arbeitern auskömmliche Löhne zu bezahlen. Redner gibt dann ein genaues Bild über die von der Stadtgemeinde Mannheim bisher bezahlten Teuerungszulagen, die aber keineswegs ausreichend seien und sobald als möglich durch eine auskömmliche Lohnsteigerung ersetzt werden müssen. Eine solche Lohnforderung, die neben dem Fortbestehen der Teuerungszulagen mit 1.50 M. täglich angesichts der Lebensmittelteuerung als sehr bescheiden gelten muß, ist auch bereits am 2. Juli d. J. eingereicht worden und trotz mehrmaliger Beratung im Stadtrat noch nicht zu Ende geführt. Diese Verickelung unserer Lohnforderung macht es nun notwendig, in einer Entscheidung der Stadtverwaltung die Notwendigkeit der raschesten Erledigung vor Augen zu führen, um so mehr, als ja die letzte allgemeine Lohnsteigerung im Jahre 1912 stattgefunden hat. Mit einem kräftigen Appell an die Organisierten und mit der Aufforderung, daß auch die alten Mitglieder unserem Bunde treu bleiben mögen, schließt der Redner. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Essenbach a. Main. Laut Versammlungsbeschluss vom 1. Juli 1917 stellte der Verband an die Stadtverwaltung den Antrag, die Teuerungszulage um 75 Pf. täglich für sämtliche bei der Stadt beschäftigten Arbeiter zu erhöhen. Nachträglich stellten auch die Beamten und Lehrer einen Antrag um Aufbesserung der Teuerungszulage. Am 1. Oktober lag die Vorlage über die Teuerungszulage für städtische Beamte, Lehrer und Arbeiter in der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung. Es lag hierzu eine Vorlage des Oberbürgermeisters vor, die für die Teuerungszulagen die Arbeiter einerseits und die Beamten bzw. Lehrer andererseits in zwei getrennte zu behandelnde Klassen unterschied. Die Arbeiter und Bureauhilfsarbeiter sollten ohne Rücksicht auf ihre Kinderzahl entsprechend ihrem Antrage, eine weitere Zulage von täglich 75 Pf. erhalten, die Beamten und Lehrer aber sollten nach einer Kinderstala bedacht werden, derart, daß Ledige 300 M., Verheiratete 600 M. und dann weiter für jedes Kind je 120 M. mehr erhalten hätten. Im Rechts- und Finanzausschuß war dann die Vorlage dazu abgeändert worden, daß für Arbeiter auch eine Kinderstala eingeführt wurde, derart, daß Ledige 300 M., Verheiratete ohne Kinder 540 M., Verheiratete mit einem Kinde 600 M. und so weiter für jedes weitere Kind 60 M. mehr erhalten hätten. Zugunsten dieser Fassung hatte der Oberbürgermeister den Antrag der Verwaltung zurückgezogen. Stadtratsmitglied Fr. Maas als Berichterstatter wies darauf hin, daß die Stadt Essenbach bisher bezüglich der Teuerungszulage stets an der Spitze mariniert sei. Auch diesmal habe man den Wünschen der Angestellten und Arbeiter in vollem Umfang Rechnung getragen, ja man sei sogar noch über diese hinausgegangen. Freilich, das von der ersten Eingabe der Beamten abweichende zweite Verlangen derselben, die Stala des preussischen Staates einzuführen, habe man abgelehnt, weil man bei aller Anerkennung der sozialen Verpflichtungen unserer Stadt auch die städtische Finanz- und Steuerkraft nicht überlasten dürfe und zum anderen, weil die Voraussetzungen der preussischen Stala

auf Offenbach gar nicht zutreffen. Die Fassung des Finanzausschusses sei aber auch nur durch eine Zufallsabweichung zustande gekommen, nicht weil man den Beamten entgegenzukommen nicht gewillt gewesen wäre, sondern weil im Finanzausschuß Vertreter aller Parteien der Meinung waren, es gebe nicht an, die Arbeiter schlechter als die Beamten zu behandeln, da ja alle Lebensmittel rationiert seien. Dabei hätten seine, des Berichterstatters, Freunde die Sache noch einmal reiflich geprüft und seien zu dem Entschluß gekommen, Beamte und Arbeiter gleichmäßig zu behandeln und folgende gemeinsame Stala aufzustellen: für Ledige 300 M., für Verheiratete ohne Kinder 540 M., für Verheiratete mit einem Kinde 600 M. und so fort für jedes Kind 60 M. mehr. Nicht vollbeschäftigte Arbeiter sollten eine Teuerungszulage erhalten, die beträgt: ein Viertel der Teuerungszulage für vollbeschäftigte Arbeiter bei einer Wochenleistung von 13-20 1/2 Stunden; die Hälfte der Teuerungszulage für vollbeschäftigte Arbeiter bei einer Wochenleistung von 27-39 1/2 Stunden, drei Viertel der Teuerungszulage für vollbeschäftigte Arbeiter bei einer Wochenleistung von 40-53 1/2 Stunden. Die Kinderzulage soll bis zum Alter von 18 Jahren gezahlt werden, wenn die Kinder ihren Unterhalt von den Eltern beziehen und kein eigenes Einkommen haben. Mit diesen und einigen anderen Änderungen empfahl der Berichterstatter die Annahme der Vorlage, die einen Kostenaufwand von über 1.100.000 M. jährlich verursachen wird. Oberbürgermeister Dr. Fallo erklärte, die Fassung des Finanzausschusses im Interesse der Beamten nicht zurückziehen zu können. Die Teuerung sei nicht nur eine solche der Nahrungsmittel, sondern auch der Kleidung und der Wohnungsmiete, und deshalb treffe sie den Beamten mehr als den Arbeiter. Stadtr. K. a. m. a. n. u. hat, für den neuen Vorschlag seiner Freunde einzutreten. Auch die Vorlage der Verwaltung habe doch den Standpunkt gewahrt, daß die Zulage in der Teuerung der Lebensmittel und Wohnung, nicht aber in jener der Kleidung begründet ist; denn sie enthält die Bestimmung, daß Angestellte, die von der Stadt Kost und Logis beziehen, keine Teuerungszulagen erhalten sollen. Man dürfe doch auch nicht vergessen, daß die Beamten ohnehin schon mehr Einkommen haben als die städtischen Arbeiter, also deshalb die Teuerung schon leichter ertragen können. Stadtr. W. L. e. s. c. h. t. r. a. l. erklärte, er sei nicht nur im Interesse der Beamten, sondern auch der Arbeiter, daß eine Rationierung aller Lebensmittel beibehalten, und daß es jetzt darauf ankomme, die wirtschaftlich schwächeren Arbeiter mehr zu schützen als die wirtschaftlich kräftigeren Beamten. Die Stadtr. K. a. m. a. n. u. und M. W. e. s. s. e. l. erklärten, sie würden für die neue Fassung stimmen, bedauerten aber im Interesse der Beamten, daß es nicht bei der Fassung des Finanzausschusses geblieben sei. Hierauf wurde die Vorlage in der vom Stadtr. Fr. Maas vorgetragenen Fassung einstimmig angenommen.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1916. Der ungeheure Bedarf an Menschen, den dieser Krieg erfordert, hat 1916 einen weiteren Nachschub der Zahl der männlichen Mitglieder der Gewerkschaften verursacht. Der Ersatz, der für die zum Wehrdienst eingezogenen Berufsarbeiter in die Betriebe eintritt, ist vielfach nicht gleich für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Der tiefe Stand der Bewegung scheint jedoch am Ende des Jahres 1916 erreicht worden zu sein. Von da ab setzt eine Zunahme der männlichen Mitglieder und damit eine Vermehrung des Gesamtmitgliederbestandes der Gewerkschaften ein. Die der Generalkommission angehörenden 16 Zentralverbände (ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter) hatten 1916 im Jahresdurchschnitt 711.982 männliche, 190.895 weibliche, zusammen 902.877 Mitglieder. Gegen das Vorjahr ist ein Verlust von 190.106 männlichen Mitgliedern eingetreten, während sich die weiblichen Mitglieder um 6091 vermehrt, so daß ein Gesamtverlust von 190.472 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Das 4. Quartal 1916 weist mit 934.784 Mitgliedern die niedrigste Bestandessiffer auf. Mit dem Jahre 1917 geht es wieder aufwärts. Es betrug die Mitgliederzahl in diesem Jahr am Schluß des ersten Quartals 906.062 und am Schluß des zweiten Quartals 1.076.493. Das ist ein Mehr von 141.709 Mitgliedern gegenüber der Mitgliederzahl des Jahres 1916. Bedeutsamer ist, daß an dieser Zunahme auch die männlichen Mitglieder einen erheblichen Anteil haben. Es stieg ihre Zahl während des ersten Halbjahres 1917 um 82.521, trotz des in dieser Zeit erfolgten Abgangs durch Einberufung zum Kriegsdienst. Der nach Kriegsausbruch eingetretene Nachschub an weiblichen Mitgliedern erreichte bereits am Schluß des Jahres 1915 mit 169.907 den höchsten Stand. Im Laufe des Jahres 1916 stieg dann die Mitgliederzahl auf 197.008 und am Schluß des 2. Quartals 1917 hatten die Zentralverbände 256.196 weibliche Mitglieder, 42.179 mehr als vor Kriegsausbruch. Die seit 1916 eingetretene erfreuliche Vermehrung des Mitgliederbestandes der Gewerkschaften übertrifft die Erwartungen und berechtigt zu der Hoffnung, daß es trotz aller Schwierigkeiten weiter aufwärts mit der Gewerkschaftsbewegung gehen wird.

Die Hindernisse sind nicht gering. Schwer empfinden die Gewerkschaften den Verlust der Vertrauensleute, die in kleineren Orten

Die Zweigvereine in mühevoller Arbeit, ohne Entschädigung aufrechtzuerhalten. Diefem Verlust ist wohl die Verminderung der Zahl der Zweigvereine der Verbände zuzuschreiben, die von 1914 bis Jahreschluß 1916 von 11 107 auf 9468 sank, sich also um 2439 verminderte. Auch die Zahl der besoldeten Gewerkschaftsbeamten ist in den drei Kriegsjahren erheblich geringer geworden. Sie ging von Mitte 1914 bis Ende 1916 von 2867 auf 1269, um reichlich die Hälfte, zurück; 1503 Angestellte wurden bis 1916 zum Berufsdiensft entlassen. Beim Entzug so vieler Kräfte ist es schwierig, den Organisationsapparat aufrechtzuerhalten. Dabei muß immer wieder betont werden, daß die Arbeitslast der Funktionäre während des Krieges erheblich gewachsen ist. Zu der Fürsorge für die Familien der Kriegseingesetzten, den Arbeiten bei der Regelung der Nahrungsmittelverteilung sind die durch das Disziplinargesetz bedingten hinzuzutreten. Die Lösung des Konflikts zwischen Unternehmern und Arbeitern erfordert heute bei der Art des Verhandlungsweges oft mehr Zeit und Arbeit als in Friedenszeiten.

Die Einnahmen der Verbände sind, wie erwähnt, während des Krieges stark zurückgegangen. Sie betrugen 1913: 82 005 580 RM., 1914: 70 871 964 RM., 1915: 41 503 227 RM., 1916: 34 027 248 RM. Aber auch die Ausgaben haben sich stark vermindert. 1914 betragen sie noch 70 647 272 RM., sie waren noch um 4 Millionen höher als 1913, da mit Kriegsausbruch die Gewerkschaften erhebliche Kosten an Unterstützungen zu tragen hatten. Wurden doch in diesem Jahre allein an Arbeitslosenunterstützung 23 718 002 RM. verausgabt. Das Jahr 1915 verzeichnet eine Ausgabe von 34 938 864 RM. und im Jahre 1916 betrug sie nur 30 074 018 RM. Bedeutend zurück ging die Arbeitslosenunterstützung, und zwar von 3 485 423 RM. im Vorjahr auf 1 449 133 RM. im Berichtsjahr. Dagegen stieg die Ausgabe für Krankenunterstützung von 2 425 033 RM. auf 3 061 592 RM. Für Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen wurden 175 529 RM. für Unterstützung in Notfällen 303 093 RM. für Unterstützung an Familien von Kriegsteilnehmern 5 992 064 RM. (1915: 8 074 085 RM.) für Beihilfe bei Sterbefällen 1 286 790 RM. verausgabt. Obwohl die Verbändeorgane 1916 noch unter größeren Einschränkungen als im Vorjahr erdienen, stieg die Abgabe dafür von 1 225 165 RM. auf 1 216 201 RM., was den erhöhten Druck- und Papierpreisen zuzuschreiben ist. Der Massenbeitrag der Verbände betrug am Schluß 1916: 67 829 137 RM., darunter fehlt jedoch das Vermögen des Metallarbeiterverbandes.

Wohin den Zentralverbänden haben auch die Christlich-Demokratischen Gewerkschaften im Jahre 1916 einen weiteren Mitgliederverlust erlitten. Ihre Zahl ging von 61 088 im Jahre 1915 auf 47 706 im Jahre 1916 zurück. Die Gesamtsumme betrug 1 753 387 RM., 1 16 181 RM. weniger als 1915, und die Gesamtsumme belief sich auf 1 672 232 RM.; sie ist um 186 136 RM. höher als im Vorjahr.

Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften berichtet, daß die Jahresdurchschnittsziffer des Mitgliedsbestandes einen Rückgang von 1837 Mitgliedern aufweist. Am Jahreschluß wäre jedoch eine Mitgliederzunahme von 16 182, von 192 525 RM. auf 178 907 RM. zu verzeichnen. Diese Zahlen werden jedoch beeinflusst durch den im Jahre 1916 erfolgten Zutritt von zwei weiteren Organisationsgruppen, dem Verband der Angestellten mit 357 und dem Deutschen Kontorverband mit 10 571 Mitgliedern. Die Gesamtsummen der Christlichen Gewerkschaften beliefen sich 1916 auf 3 231 432 RM. gegen 3 217 847 RM. im Vorjahr. Die Ausgaben verringerten sich von 3 505 807 RM. 1915 auf 2 901 213 RM. 1916.

Die drei Organisationsgruppen, Zentralverbände, Gewerkschaften und christlichen Gewerkschaften, hatten 1916 insgesamt 1 187 953 Mitglieder gegen 1 382 582 im Jahre 1915. Der Mitgliederverlust betrug 195 629. Die Einnahmen beliefen sich auf 39 012 067 RM., die Ausgaben auf 31 647 623 RM. Der Massenbeitrag betrug 76 652 183 RM. Hierbei fehlt, wie schon bemerkt, der Bestand des Metallarbeiterverbandes.

In der finanziellen Leistungsfähigkeit sind die Zentralverbände den beiden anderen Organisationsrichtungen weit überlegen. Diese Tatsache drückt sich nicht nur in den numerisch größeren Einnahme- und Ausgabeummern aus, sondern tritt auch hervor bei dem Anteil, der auf jedes Mitglied von den Ausgaben für Unterstützung entfällt. Es veranschaulicht für alle Unterstützungsarten einschließlich der Ausgabe für Rechtschutz die Zentralverbände 14 157 310 RM. oder pro Mitglied 14,08 RM., die Gewerkschaften 88 950 RM. oder pro Mitglied 1,51 RM., die Christlichen Gewerkschaften 1 019 716 RM. oder pro Mitglied 6,02 RM.

Die Gewerkschaften haben auch im dritten Kriegsjahr die Politik verfolgt, die sie bei Kriegsbeginn einrichteten. Sie laßt sich in die alte Normalelemente: „Erklärung der Interessen der Arbeiterklasse“. Allerdings, Voraussetzungen und Bedingungen für die Erreichung dieses Zweckes sind andere als in Friedenszeiten. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß der Einfluß der Gewerkschaften im Laufe des Krieges gewachsen ist. Sie haben sich damit als eine wirtschaftliche Kraft erwiesen. Daß ihre Mitgliederbestand und ihre Einnahmen um die Hälfte verringert sind, als im Jahre vor dem Ausbruch, ist eine so selbstverständliche Erscheinung, die nicht erst erklärt werden braucht. Die Kräfte der Ergebnisse der Statistik zeigen, daß die Gewerkschaften nach dreijähriger Kriegsdauer ihre Aufgaben genau so zu erfüllen vermögen wie zu Kriegsbeginn.

Rundschau

Das Wohnungselend und die Frau! „Jedes deutsche Kind muß und jest heilig sein.“ schrieb mir einmal eine sehr achtbare bürgerliche Dame. Jedes Kind sei dem Staate eine willkommene Gabe; hilft es doch dereinst mitbauen am festen stolzen Bau des Vaterlandes. Darum sei uns jede Menschenkneipe heilig. — Wie ganz anders aber wird das Kind bewertet, wenn man auf der Wohnungssuche ist! „Bisviel Kinder haben Sie?“ ist die erste Frage, die einem gestellt wird. Geht es über die Zahl zwei oder höchstens drei hinweg, erfolgt das bekannte Achselzucken. So geht man drauf, auf, drauf, bis man endlich einen Winkel gefunden hat, wohin man sich für teures Geld mit den Seinen vertriehen kann. Die schlechtesten Wohnungen, enge, kleine Räume, werden daher oft von kinderreichen Familien bezogen, meist feuchte, dumpfe Löcher, die nicht so leicht vermietet werden. So beschränkt ist der Raum oft, daß in allen Ecken und Winkeln Schlafstätten aufgeschlagen werden müssen. Ja, nicht selten ist ein Bett Tag und Nacht belegt. Ich sah einst eine Wohnung, die bestand aus Stube, Schlafstube und Küche. Alles sehr kleine Räume, darin wohnten, um nicht zu sagen, hausten neun Personen. In der Wohnstube sowie in der Küche waren Schlafstellen eingerichtet. In dem einen Bett hielt am Tage der 18jährige Sohn, der Vater war, seine „Nachtruhe“, abends froh die übermüdete 16jährige Schwester, die täglich 10 Stunden in der Fabrik arbeitete, in das nie gelüftete Bett. Krankheiten finden nur zu leicht in diesen Schlafpunkeln der Armut Tor und Tür. Die Folgen dieser überfüllten engen Räume ist beständiges Siechtum, langjames Sterben. Die Kinder sterben oft schon in den ersten Lebensjahren oder sie wachsen heran, sind blaß und schmal, der schwache Körper ist den Anforderungen, die das Leben an sie als junge Arbeiter und Arbeiterinnen stellt, nicht gewachsen, sie fallen der verheerenden Tuberkulose zum Opfer. Bisviel vergebene Kraft geht da dem Staate wieder verloren! Diefem Uebelstand abzuhelfen, muß und soll unsere Arbeit sein. Nicht die vielen Kinder bringen Not und Elend in die Familie, sondern das Elend der ganzen sozialen Weltordnung ruiniert am ehesten die kinderreichen Familien. Ausreichender Lohn, der die Eltern in den Stand setzt, ihre Kinder nicht nur ausreichend zu ernähren und zu kleiden, sondern auch in Räumen unterzubringen, die ihren Anforderungen entsprechen. In lichten, luftigen Räumen wohnend, wo das kleine Volk sich nach Herzenslust tummeln und entwickeln könnte, mühte es für die Eltern eine Lust sein, die Sprößlinge heranwachsen zu sehen. Dieses zu erreichen, sehen wir alle Kraft ein. Heilig sei und jedes Kind im wahren Sinne des Wortes. Die Verbesserung unseres Wohnungswezens muß vor allem in den Gemein den angestrebt werden. Dort sind es die sozialdemokratischen Männer und Frauen, die gemeinsam mit den Vertretern der freien Gewerkschaften für gesunde Wohnungsverhältnisse wirken können und müssen. Das können sie aber nur, wenn eine starke organisierte Macht von Frauen und Männern der Arbeiterklasse hinter ihnen steht. Wir wenden uns heute an die Frauen und Mädchen mit dem Ruf: **Werdet Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.** Bestellt euch die Zeitung der sozialdemokratischen Frauen, die „Gleichheit!“ So dient ihr am besten euren Interessen. Licht, Luft und ausreichende Ernährung für das kommende Geschlecht, das seien die Forderungen jeder Frau und Mutter. Kämpfen wir, es ist ein heiliger Kampf ums freie, schöne Menschentum — der Sieg muß uns gewiß sein.

Anna Rosogaart.

Die Verteilung der Lebensmittelzulagen. Vom Kriegsernährungsamt ist an die Bundesregierungen am 14. Mai d. J. eine Anweisung über die Verteilung der Zulagen für Schwer- und Schwerarbeiter ergangen, die allgemein recht wenig bekannt ist und leider auch von den Behörden nicht immer beachtet wird. Wir geben deshalb die Verordnung im Wortlaut wieder. Für die Verteilung der Lebensmittelzulagen gelten für die Folge die nachstehenden Bestimmungen: § 1. Sämtliche Zulagen an Schwerarbeiter, Schwerarbeiter und an Arbeiter in der Nahrungsin dustrie werden dem Kommunalverband einbehalten und mit der Grundration der Bevölkerung zur Verfügung gestellt, und zwar bis auf weiteres in der ungefähren Höhe wie bisher. Die bisher unmittelbar an die Werke geleisteten Lebensmittel fließen vorbehaltlich der Bestimmung unter Nr. 7 den Kommunalverbänden zu, in welchen das Werk seinen Sitz hat. Die endgültige Bemessung der Zulagen wird auf Grund neuer Erhebungen und nach Anhörung der Überauschüsse erfolgen. § 2. Die Kommunalverbände bestimmen hiernach zunächst die Höhe der Grundration für die allgemeine Bevölkerung und für die Verteilung von Zulagen an die Arbeiterkraft zur Verfügung stehenden Menge von Nahrungsmitteln. Hierbei ist auf die Bestimmung in Nr. 4 und 5 sowie auf die bisher unmittelbar

den Werken zugeteilten Nahrungsmittel — Nr. 1 Satz 2 — Rücksicht zu nehmen. § 3. Die für die Verteilung von Zulagen bestimmte Menge wird nach Anhörung eines aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Ausschusses auf die Arbeitererschaft verteilt. Die zuständige Kriegsamtstelle ist berechtigt, ebenfalls einen Vertreter zu den Ausschüssen zu entsenden. Die Verteilung kann in der Weise erfolgen, daß die rechnungsmäßig auf den Kopf des einzelnen Arbeiters entfallende Zulage den Werken zur Unterverteilung an die Arbeiter zugeteilt wird. Die bisherige Schwerstarbeiterliste gilt hierbei nur als Richtlinie. Die Verteilung an die Werke kann in Natur oder durch Übergabe von Marken erfolgen. (Der § 4 enthält die Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter. Er ist überholt, da eine Neuregelung in nächster Zeit erfolgt.) § 5. In größeren Industriebezirken (zusammenhängenden Wirtschaftsgebieten) werden zur Vorbereitung einer einheitlichen Durchföhrung der Verteilung innerhalb benachbarter Kommunalverbände (größeren Bezirken, Provinzen) Oberausschüsse gebildet. Diesen Ausschüssen gehören an: Vertreter der Kommunalaufsichtsbehörden, der Kommunen, Gewerbeaufsichtsbeamte, Vertreter der militärischen Stellen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie gegebenenfalls der Verwaltungsbehörden. Die Oberausschüsse haben zu der Frage der Zulagebemessungen in ihrem Wirkungsbereiche gutachtlich Stellung zu nehmen. Sie können anregen, daß unter Umständen Werken, welche sich über mehrere Kommunalverbände erstrecken oder deren Arbeiterzahl in verschiedenen Kommunalverbänden wohnt, Anteile bis zur vollen Höhe der den Arbeitern zustehenden Sonderbelieferung durch die zuständigen Verwaltungsbehörden unmittelbar zugewiesen werden. § 6. Die Unterverteilung der den Werken zugeteilten Nahrungsmittel erfolgt durch einen oder mehrere Vertreter des Werkes in Gemeinschaft mit dem Arbeitsausschuß, der zugezogen werden muß. An die Stelle des Arbeitsausschusses kann ein bereits innerhalb des Werkes bestehender oder noch zu bildender Lebensmittelausschuß treten. Soweit ein Arbeitsausschuß besteht oder noch errichtet wird, bedarf es hierzu seines Einverständnisses. Dieser Ausschuß soll auch über die Verteilung sonstiger den Werken zur Verfügung stehenden Lebensmittel gebürt werden. Der oder die Vertreter des Werkes haben die gleiche Stimmzahl wie die Mitglieder des Arbeitsausschusses beziehungsweise die Arbeitervertreter im Lebensmittelausschuß. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet ein von der zuständigen Kriegsamtstelle im voraus bestimmter Obmann. § 7. Bei der Unterverteilung an die Arbeiter gilt die bisherige Schwerstarbeiterliste oder die Regelung des Zulagewesens durch den Kommunalverband nur als Richtlinie. Ein Individualanspruch des einzelnen Arbeiters besteht nicht. Sind bei einem Werk Maßnahmen eingeleitet, so ist hierfür eine Menge an Lebensmitteln zu verwenden, welche nach Maßgabe der Teilnehmerzahl der Zulage entspricht, die durchschnittlich auf den Kopf des in dem Werk beschäftigten Arbeiters entfällt. § 8. Die Landeszentralbehörden beziehungsweise der preussische Staatskommissar für Volksernährung erlassen die für die Bildung der Ausschüsse (§§ 5 und 6) erforderlichen Bestimmungen und sonstigen notwendigen Anweisungen.

Wohnungsreformumgebung und Organisationen. In der Zeit nach Friedensschluss wird die Herabsetzung der Preise der Hauptlebensbedürfnisse eine ganz besondere Wichtigkeit gewinnen, denn der Ausgleich für Veränderungen in den Löhnen wird vor allem in einer wesentlichen Verringerung der Preise für Lebensmittel, Kleider und die anderen großen regelmäßigen Bedürfnisse gesucht werden müssen. Eine sehr große Rolle unter diesen Gütern spielt da aber auch die Wohnung, und hier liegen bei der außerordentlichen Verteuerung des Bauens und dem vielerorts zu erwartenden Wohnungsmangel die Verhältnisse sogar ganz besonders bedrohlich. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten wie alle sonstigen der Sozialpolitik sich widmenden Körperschaften haben daher das allergrößte Interesse daran, daß ohne Verzug eine umfassende und kräftige Wohnungsreformpolitik eingeleitet wird, die den Arbeitskräften wenigstens einigermaßen vorzubeugen geeignet ist. Der Vorbeiföhrung einer solchen Wohnungsreformpolitik gilt ein große Wohnungreform in U n d g e b u n g, die der Deutsche Wohnungsausschuß am 30. Oktober, abends 6 Uhr, in Berlin im „Alteingold“, Potsdamer Str. 3, als Vertreterversammlung der großen Organisationen und sonstiger Interessentengruppen veranstaltet. Der genannte Ausschuß stellt eine organische Zusammenfassung der weiten für eine kräftige Wohnungsreform eintretenden Kreise dar und ist daher zu einem solchen Einmarschen besonders berufen. Wir möchten auf diese geplante Handlung besonders aufmerksam gemacht haben.

◆ **Briefkasten** ◆

Nur gest. Beachtung! Wegen Raum mangels mußten verschiedene Notizen „Aus unserer Bewegung“ zurückgestellt werden. D. L., Karlsruhe. Die Notize sind nicht druckreif, auch der Inhalt ungeeignet. W. Gr.

Heldenrunde.

Sie sahen und tranken am Stammtisch
Und sprachen vom Frieden viel:
Die Zeitung des Reiches sei dramatisch,
Der Reichstag sei zu sehr zivil.
„Der Frieden muß sein heroisch,“
Der düre Hofrat sprach,
„Er fährt uns rechtlosig
Aus trübem Zeitgeist's Schmach!“
Der Tierarzt sprach: „Nur arisch
Sei unser Friedenswunsch,
Berzigt ist proletarisch. —
Wehr Notwein in den Punsch!“
Der Oberlehrer blühte
Verkohlen auf die Uhr:
„Die einzige Rettung kräfte
Ist noch die Taktatur.“
Von neuer Butterquelle
Sprach drauf der Herr Rentier,
August in der „Frankf. Ztg.“ (Parodie nach G. Heine).

◆ **Eingegangene Schriften und Bücher** ◆

Der in seinem zweiundvierzigsten Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1918 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg) enthält u. a.: Kalendarium — Rückbild — Beachtenswerte Adressen — Postalisches — Unsere Toten (mit Porträts) — Messen und Märkte — Im Kreislauf des Jahres — Weizen, Skizze von Fritz Müller (mit Illustrationen) — Karl Marx, von Wilhelm Bloß (mit Porträts) — Das Leben, Gedicht von Wilhelm Mann — Mar Klingers Darstellung des Krieges (zu unserem Hauptbilde) — Kunstidentitäten auf dem östlichen Kriegsschauplatz, von Adolf Bruno (mit Illustrationen) — Der unterirdische Krieg, Skizze von F. Petrich (mit Illustrationen) — Nachrichten von Anno dazumal über die Kriegsschaupläze der Gegenwart — Abseits, Erzählung von Helene Voigt Dieberichs (mit Illustrationen) — Herzliche Kriegstrüppelsofuge, von Dr. S. Druder (mit Illustrationen) — Zeitgemäße Statistik — Die Pöbstel der Leuchttechnik, von Felix Linke (mit Illustrationen) — Eine Geschichte vom Aufopfern, Skizze von Richard Zähler — ... vor im Kajarein, Pflanderei von Alfred Peifer — In Feuerstellung, Gedicht von Edwin Forstle — Volksdienst, Gedicht von S. Feldner — Papier Tertillhoff, von Karl Hermann — Erfinder (mit Illustrationen) — Alerlei Wissenswertes in Wort und Bild — Tausend Jahre Polengeschichte, von Dr. Franz Dieberich (mit Illustrationen) — Das Mädchen spricht, Gedicht von Ludwig Lessen — Die Sozialpolitik im Kriege, von Friedrich Alexic — Notgeld, von Adolf Werner (mit Illustrationen) — Geschichtliche Reminiszenzen — Kranzgrenzen der Sprengstoffe (mit Illustration) — Grüße aus der Heimat (mit Illustration) — Das Falten, von Elfriede Schwärz (mit Zeichnungen) — Mein Junge — Fliegende Wäuter — Für unsere Künstler — Außerdem drei Bilder auf Kunstdruckpapier: Der Krieg — Nachrichten aus dem Felde — Winterstimmung — Ein Wandkalender. Der Preis des Kalenders beträgt 50 Pf.

Totenliste des Verbandes.

Franz Pfeiffer, Berlin
Gasarbeiter
† 10. 10. 1917, 61 Jahre alt.

Hermann Wieland, Berlin
Feiger
† 12. 10. 1917, 62 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

Karl Dieberichs, Kiel
am 14. Oktober 1917 im Alter
von 28 Jahren gefallen.

Ludwig Hiewer, Nürnberg
am 18. August 1917 im Alter
von 33 Jahren gefallen.

Johann Fischer, Elm
am 30. August 1917 im Alter
von 33 Jahren gefallen.

Richard Kluge, Dresden
am 12. September 1917 im
Alter von 27 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!